

# Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 484.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 195.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 15. Oktober 1902.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 27.  
Telephon Nr. 158.  
Verantwortlich: Dr. Walter Gebauer in Halle a. S.

Geschäftsstelle in Berlin Bernauerstr. 2.  
Telephon Amt VII Nr. 11 494.  
Druck und Verlag von Otto Zietze in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., 15. Oktober.

Die neuen Oberpräsidenten. Wie wir mitgeteilt haben, ist das preussische Staatsministerium sich darüber schickig geworden, den Oberbürgermeister Dr. Debrück als Nachfolger v. Gölfers dem Könige vorzuschlagen. Die endgültige Ernennung ist nur noch eine formelle Angelegenheit, die wohl schon in den nächsten Tagen erledigt werden wird, da der Kaiser, wie der „Gesellige“ aus ganz sicherer Quelle mitteilen kann, Herrn Debrück am Donnerstag in Cabinen direkt mitgeteilt hat, daß er ihn als Oberpräsidenten von Westpreußen auszuweisen habe. Statuenmäßig mußte die Angelegenheit dann den inlanzmännlichen Weg gehen, das heißt, Herr Debrück mußte dem Staatsministerium auch offiziell vorgeschlagen werden. Zu dem Lebensgange des künftigen Oberpräsidenten ist nach Folgendes hervorzuheben:

Der bisherige Oberbürgermeister von Danzig, Herr Clemens Debrück, ist am 19. Januar 1856 in Halle a. S. als Sohn des Kreisphysikus Dr. Ernst Debrück geboren. Er studierte die Rechtswissenschaft in Halle, Heidelberg, Gießen und Berlin. 1877 wurde er Oberbürgermeister, 1879 trat er zur Verwaltung über, 1882 wurde er als Verwaltungs-Beauftragter der Regierung in Danzig ernannt, wo er 1882-1888 arbeitete. Er löste im Jahre, von 1885 bis 1892, war Debrück Landrat in Angeln. Im Januar 1892 erfolgte seine Ernennung zum Regierungspräsidenten; am 19. Januar wurde Debrück, durch Gölfers Vermittlung, nach Danzig berufen. Als Regierungspräsident dem Oberpräsidenten in Danzig hatte Debrück Besondere Beachtung durch seine landwirtschaftliche Angelegenheiten. 1896 bewarb er sich um den durch Bonnabach Tod erledigten Oberbürgermeisterposten von Danzig und wurde am 21. Mai 1896 von der Stadtvorstand-Verammlung gewählt. Die Behauptung durch den König erfolgte am 8. August, die Ernennung am 11. August 1896. Am 5. Oktober 1896 wurde Debrück ins Verzechnis berufen. Am 3. März 1900, also nach noch nicht vierjähriger Amtszeit, wurde ihm vom Kaiser und König das Recht zur Anlegung der goldenen Medaille verliehen. Die erste persönliche Verleihung mit dem Kaiser und König trat aus den Beschlüssen des Jahres 1896, wo Debrück aus dem Verzechnis im August dem Monarchen, der zu einem Reich bei den 1. Zeitschriften eintrat, durch den Oberpräsidenten v. Gölfer vorgeschlagen wurde. Debrücks politische Richtung ist freisinnig. Von seiner Amtsführung hat er die Parteilosigkeit auf das strengste ferngehalten. Der Kaiser hat, wie man sich wohl noch erinnern wird, bei dem Könige der Reichshaupten in den Beratungen von 1901 in einer Rede ausgesprochen, daß die Stadt Danzig unter der Führung eines weitblickenden Stadthauptes stehe. Seit Mitte der 80er Jahre gehörte Debrück dem Centralverein der westpreussischen Landwirte an, ist auch mit Unterstützung von sechs Jahren bis heute Provinziallandtagsabgeordneter gewesen. Bekannt ist Herr Debrück mit der Tochter des Herrn Ministerpräsidenten Bismarck aus dem Eheverhältnis.

Zum Oberpräsidenten für Hannover ist, wie mitgeteilt, der Regierungspräsident Dr. Wenzel in Wiesbaden ernannt worden. Er hat sich in der Universitätsstadt Marburg als Landrat seine Spuren in der Verwaltungstätigkeit verdient. Von dort kam er in das landwirtschaftliche Ministerium, wo er unter der Ministerleitung v. Bismarck vortragender Rath war. Später kam er als Regierungspräsident nach Sachsen und von dort nach einigen Jahren in derselben Eigenschaft nach Wiesbaden.

Nach den von „Ab. Cour.“ eingegebenen Informationen ist die Ernennung Dr. Wenzels zum Oberpräsidenten in Hannover zwar noch nicht offiziell erfolgt, an der Möglichkeit der Nachricht selbst ist jedoch nicht zu zweifeln.

Die liberale Presse ist ihrer Gesinnung, an bevorstehenden Änderungen in hohen Verwaltungsgewalten und an die Nachrichten über die Personen, die hierbei in Betracht kommen, lange Erörterungen zu knüpfen, auch diesmal treu geblieben. Man begegnet in der genannten Presse allenthalben bereits dem Wunsch, die politische Bedeutung der Ernennungen einzufassen und die neuen Männer politisch zu klassifizieren. Herr Debrück's Richtung ist ja im großen Ganzen bekannt; von Herrn Wenzel lesen wir heute: er hätte, als er vortragender Rath im Landwirtschaftsministerium war, der „agrarconservativen“ Richtung nicht angehört. Das werden in unseren Centralbehörden wahrscheinlich nur sehr wenige thun, dazu sind zu vorsichtig. Sie sind dort Beamte, nicht Politiker. Der „Samow. Courist“ schreibt aus Anlaß der Ernennungen:

„All dies zusammen gibt der Meinung eine Grundlage, daß es sich hierbei nicht um einen Zufall, sondern um ein systematisches Vorgehen handelt. Gegenüber der politischen und wirtschaftlichen Haltung der konservativen Partei, der eigentlichen Mittelpartei, und der dort vertretenen Auffassung, daß in Preußen ohne die Konservativen, ohne den Adel nicht regiert werden könne, sollte einmal gezeigt werden, daß der Staat dem Adel nicht so weit in Abhängigkeit von einer isolierten Klasse gerathen sei.“

Wir für unser Theil glauben nicht daran, daß die Regierung von so fractionellen Erwägungen ausging. Wir halten die Regierung für zu klug und zu — anständig dazu. Bei der Ernennung von Oberpräsidenten geht es im Staate Preußen, Gott sei's gelobt, nicht so zu wie bei den Berliner Bürgermeistern. Nach unserer Auffassung würden sowohl Dr. Debrück als auch Dr. Wenzel, sofern sie endgültig Oberpräsidenten berufen werden, diese Verankung ausschließlich ihrer Tüchtigkeit verdanken, und es würde eine Herabsetzung derselben bedeuten, wenn man sie mit ihrer Politik oder ihrer Richtungsrichtung zum Adel in Verbindung brachte.

Zur misanthropischen Audienz der Burengenerale. Von vorstehend unterrichteter Seite wird aus dem Haag gemeldet, daß lediglich Häupten gegen England die Burengenerale

generale von Audienzstudien abgehalten haben. Sie sollen in dieser Sache auch keinerlei Erklärungen abgegeben haben. Nach erfolgter Anregung durch eine Zufallsperson stimmte Debrück einem Besuch beim Kaiser zu, indem er gleichzeitig Informationen forderte, wie der Empfang vor sich gehen sollte. Hierüber aber die offizielle Einladung aus die Generale dürfen keine Anstöße machen, um nicht in England anzufragen, das bis heute den leitenden Burengenerale gegenüber immer sehr misanthropisch ist. Es wird befürchtet, daß jede Unvorsichtigkeit der Generale oder anderer maßgebender Buren in Europa zu ihren Nachregeln Englands in Südafrika führen könnte. Aus diesem Grunde glauben die Generale erst eine klare Einladung haben zu müssen, ehe sie die Audienz wagen.

General Louis Botha hat aus Paris an den Empfangsausschuß in Berlin die telegraphische Nachricht geschickt, daß er und seine Kameraden Donnerstag Nachmittag um 5 Uhr 23 Min. auf dem Bahnhof Zoologischer Garten eintreffen, jedoch nur bis Sonnabend Nacht bleiben werden, da wichtige Geschäfte sie nach England rufen. Sie kehren aber nach kurzer Zeit zurück und werden dann in mehreren deutschen Städten zu sprechen, werden, indem hierbei nicht mehr gemeinsam auftreten, sondern einzeln für ihre schöne Aufgabe thätig sein. Infolge dieser Mittheilungen muß die für Montag, den 20. d. Mts. geplante zweite Versammlung in der „Hilfharmonie“ unterbleiben. Dagegen ist ins Auge gefaßt worden, Sonnabend Abend in Berlin noch eine große Versammlung abzuhalten, bei der auch den Winderbeimittelten Gelegenheit geboten werden soll, die Ehrenhelen zu begrüßen und zu hören.

Stimmungsabild aus dem Reichstage. Ein frühlich Gemüth hob am gestrigen Dienstag wieder Säle und Gänge des Reichspalastes; noch herrschte seliger Friede, nichts hörte man von Verträgen, nichts von Jollabgaben, und Freund und Feind schüttelten sich in ungetriebener Freude des Wiedersehens die eblen goldenen Hände. Nicht alzu zahlreich waren die Mannen eingetroffen — mein Gott, heute lochte ja auch die Memorate noch gar nicht; erst Donnerstag soll die Jollschlacht beginnen, bis dahin ist also noch Wasserfreie. Mit ein paar herzlichen Worten begrüßte Graf Walckem die seine Betreuer, theilte dem Hauie den Dank König Georgs für die Beileidskundgebung des Reichstages mit, sowie den Dank Frankreichs für die Theilnahme an der Katastrophe von Martiniere, der die wüthigen geschäftlichen Formalien erdigte. In diesen gehörte auch die Einbringung einer Interpellation über den traurigen Reichstagsrummel. Auf der Tagesordnung standen Berichte über Petitionen. Zunächst eine solche, betreffend Schaffung eines einheitlichen deutschen Vereins- und Verammlungsrechts. Die Kommission beantragt durch ihren Referenten Müller-Meiningen, die Petitionen im Wesentlichen der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Nur insoweit in den Petitionen Gleichstellung der Frauen mit den Männern auf dem Gebiete des Vereinsrechts verlangt wird, schlägt die Kommission Uebertragung zur Tagesordnung vor mit der Maßgabe, es solle den Frauen ein Vereinsrecht und Verammlungsrecht nur bezüglich derjenigen Verammlungen gewährt sein, in denen ihre Berufsinteressen zur Verhandlung kommen.

Der Senatorenkonvent des Reichstages hat sich am Dienstag vor der Plenarsitzung über folgende Punkte weitläufig, am Mittwoch über die Beratung über die Arbeitslosen-Interpellation fortgesetzt werden. Eine von der sozialdemokratischen Fraktion insgesamte Interpellation wegen der Fleischnoth soll, entsprechend den Bestimmungen der Geschäftsordnung, alsbald auf die Tagesordnung gesetzt werden; fraglich ist im Augenblick noch, ob die Regierung bereit sein wird, die letztgenannte Anfrage sofort zu beantworten. Den weiteren Beratungsstoff für die nächsten Tage werden die gelern bereits auf der Tagesordnung stehenden Billirrhfragen bilden. Der Jolltarif wird Freitag oder vielleicht auch schon Donnerstag auf die Tagesordnung kommen. Dies hängt von dem Schicksal der Anfrage über die Fleischnoth ab. Im Bezug auf die gelern Billirrhfragen des Reichstages hat die Mehrheit des Senatorenkonvents entgegen den Vorstellungen der Sozialdemokratie geneigt, zunächst den § 1 des Jolltarifgesetzes in Verbindung mit den Tarifpositionen über die Getreidepreise und Viehscholle zu behandeln, doch so, daß diese beiden Jollarten nicht getrennt beraten werden. Die erste Lesung des Etats soll, wie üblich, noch vor Weihnachtens stattfinden, der Etat, wie bisher stets, bis zum 1. April f. J. fertiggestellt werden; erst dann würde man an die weitere Beratung des Jolltarifs herantreten. Den Initiativanträgen eine weniger tiefmutterliche Behandlung als bisher angebehen zu lassen.

Parlamentarischer. Der Abg. Dr. Faschide (freif. Wgg.) hat sein Amt als Schriftführer des Reichstages dieser Tage niedergelegt, da ihm gerade für den bevorstehenden Tagesabschnitt eine besonders harte Ueberbürdung mit Geschäften in Aussicht steht.

In Cabinen ist Montag Abend der deutsche Botschafter in London Graf Wolff Meiternich eingetroffen. Dinstags Vormittag ließ der Kaiser sich Vortrag halten; um 12 Uhr Mittags beschloß er die Sitzung.

Der Kronprinz trifft heute (Mittwoch) Abend von 8 d. Kronprinz, wo er als Angehöriger des Herzogs Karl Theodor weite, in München ein, nimmt bei dem hochwürdigen Legationsrath Grafen Bernstorff und dessen Gemahlin das Souper ein und reist um 10 1/2 Uhr nach Berlin weiter.

Der Großherzog und die Großherzogin von Baden haben Schloß Wannau verlassen. Während die Großherzogin sich nach Baden begibt, nimmt der Großherzog mit dem Erbprinzen, mit welchem er unterwegs zusammenstieß, an dem 50jährigen Jubiläum des vierten kaiserlichen Jägerbataillons Theil. Der Großherzog ist in Wiesbaden theil und reist dann nach Karlsruhe.

Aus der Schweiz. Die jetzt auf dem Truppenübungsplatz Wesel untergebracht und für die Stadt Wesel bestimmte Eskadron Jäger a. P. Nr. 7 wird, wie dem Oberbürgermeister mitgeteilt worden ist, nach einer neueren Verordnung nach Düsseldorf verlegt werden als Ersatz für das Infanterie-Regiment Nr. 11. In diesem Infanterie-Regiment hat sich, soeben durch den Kommandanten für das Regiment festgesetzt sein wird. Der Stadt Wesel soll dafür anderweitiger Ersatz in Aussicht gestellt sein.

Der erste Sekretär der amerikanischen Botschaft in Berlin J. B. Jackson ist von Genannten in Güte ernannt worden. An seiner Stelle ist der zweite Sekretär H. Percival Dodge zum ersten Sekretär der Berliner Botschaft ernannt worden.

Das Regierungspräsidium in Wiesbaden. Zum Nachfolger des zum Oberpräsidenten von Hannover ernannten Dr. Wenzel wurde, wie der „Aben. Cour.“ meldet, der Breslauer Ober-Präsidentialrat Hengeler benannt.

### Deutscher Reichstag.

193. Sitzung vom 14. Oktober 1902. Nachm. 2 Uhr.

Am Vortage: 11. Sitzung. Präsident Graf Walckem eröffnet die Sitzung mit geschäftlichen Mittheilungen und einigen beruhigenden Worten. Der Reichstag hat die Beschlüsse des Reichstages für den Reichstag, welchen sich die Anwesenden von ihren Plätzen.

Präsident Graf Walckem: Es Majestät der Königin Georg von Sachsen haben mich beauftragt, dem Reichstage seinen herzlichsten Dank für die Trauerkundgebung auszusprechen, die ich in Dresden beim Tode des hochwürdigen Grafen von Bernstorff, des letzten der hervorragenden Herrscher aus großer Zeit, des geliebten deutschen Bundesfürsten, erlitten habe. Dieser Allerhöchsten Auftrag, der mir in besonderer Ausdehnung ertheilt worden ist, erfülle ich hiermit. Am Tage unserer Trauerfeierlichkeiten hat der Reichspräsident Dr. v. Gölfer, sich einem Trauerzug angeschlossen.

Der Berliner französische Botschafter Marquis de Noailles hat dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherrn von Richthofen, mitgeteilt, daß er angewiesen worden ist, den Dank der Regierung der französischen Republik zum Ausdruck zu bringen für die warme Kundgebung vom 10. Juni dieses Jahres, welche Anlaß des Unglücks auf der Insel Martiniere. Der Botschafter legte Gewicht darauf, zu erklären, daß diese Kundgebungen der Theilnahme in Frankreich stets große Sympathien fanden.

Edmund trat der Reichstag in die Tagesordnung ein, auf der eine Reihe hochinteressanter sozialpolitischer Petitionen standen. Der Bund deutscher Frauenvereine neigte einige ihm nachstehende Forderungen vor, die wiederholt petitionirt, der Reichstag wolle beschließen, daß die Bestimmungen des Abf. 4. Nr. 16 des Vereinsgesetzes durch Schaffung eines einheitlichen deutschen Vereins- und Verammlungsrechts erfüllt werden und daß den Frauen im Vereins- und Verammlungsrecht die gleichen Rechte wie den Männern gewährt werden müssen. In der Sitzung der Petitionskommission vom 8. Mai hat der Regierungskommissar die Erklärung abgegeben, daß ein großer Theil der verbundenen Organisationen ein Verammlungsrecht für eine reichsrechtliche Regelung des Vereins- und Verammlungsrechts erhalte, wenn die Frauen nicht auf dem Gebiete des Vereins- und Verammlungsrechts die gleichen Rechte wie den Männern gewährt werden müssen. In der Sitzung der Petitionskommission vom 8. Mai hat der Regierungskommissar die Erklärung abgegeben, daß ein großer Theil der verbundenen Organisationen ein Verammlungsrecht für eine reichsrechtliche Regelung des Vereins- und Verammlungsrechts erhalte, wenn die Frauen nicht auf dem Gebiete des Vereins- und Verammlungsrechts die gleichen Rechte wie den Männern gewährt werden müssen.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (fr. Wgg.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission und verweist auf frühere Verhandlungen. Abg. Bockermann (nl.) tritt für den Antrag Dr. Träger ein. Die Frauen müßten sich doch an den Verhandlungen in sozialpolitischen Vereinen beteiligen dürfen. Andere Länder seien auf diesem Gebiete viel weiter im Fortschritt, es sei daher möglich, auf diesem Gebiete dem Verammlungsrecht des Auslands zu folgen. Es seien bereits entsprechende Beschlüsse in diesem Sinne in Verammlungen über ihre Berufsinteressen mitgearbeitet. Deshalb müßte man ein einheitliches freies Verammlungsrecht schaffen, das auch den Forderungen der Frauen entsprechende.

Abg. Trimbom (Cent.): Der Forderung eines freien einheitlichen Verammlungsrechts stimmen wir zu. Die einheitliche Verammlungsrecht in Sachsen ist an diesem Gebiete außerordentlich rückständig, auch der Reichsbescheid wurde durch diese Zustände nicht verfehlt. Dagegen erhebt es sich die Frage, daß die Frauen auch an den Verhandlungen theilnehmen wollen. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt der Kommissionsmitglieder.

Abg. Müller-Meiningen (fr. Wgg.) und Dr. Müller-Meiningen (fr. Wgg.) treten für vollkommene Gleichstellung der Frauen und Männer ein und wenden sich gegen den Abg. Trimbom, der die Hälfte der Frauen gewissermaßen von dem Verammlungsrecht ausschließen wollte.

Abg. Dr. Müller-Meiningen behauptet, daß den Verammlungen den Anforderungen nur die Sozialdemokratie habe. Das preussische





